

Was wird aus dem dualen System der Ausbildung? – Gespräch mit Prof. Dr. Friedrich Edding

Auf Einladung von Folkmar Kath, Hauptabteilungsleiter im Bundesinstitut für Berufsbildung, stand Prof. Dr. Friedrich Edding, der Begründer der deutschen Bildungsökonomie, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Bundesinstituts für Berufsbildung am 19. Juni 1996 in Bonn Rede und Antwort zu Fragen der Finanzierung und der Zukunft des dualen Systems. Die Kernpunkte dieses Gesprächs sind nachfolgend abgedruckt.

BIBB: Einige Sachkenner prophezeien seit Jahren ein anhaltendes Schrumpfen des dualen Systems der Erstausbildung. Eine Entwicklung wie bei der Hauptschule sei unabwendbar. Was halten Sie von dieser Auffassung?

Friedrich Edding: Diese Trendvoraussage dürfte sich als richtig erweisen, wenn den Ursachen der Erosion nicht mit entschiedenem politischen Willen entgegengesteuert wird. Die Anzeichen des langsamen Verfalls dieses in der Welt hochangesehenen Systems sind unübersehbar. Besonders auffällig ist der Abbau der modernsten und teuersten Ausbildungsplätze.

BIBB: Gab es nicht immer konjunkturbedingte Veränderungen des Angebots von Ausbildungsstellen?

Friedrich Edding: Ein Teil der Verknappung dieses Angebots war in der Regel und ist auch jetzt konjunkturbedingt verursacht. Aber heute und für unabsehbare Zeit kommt

vieles hinzu, was ein dauerhaftes Schrumpfen bewirken könnte. Pessimisten sehen kein Ende des Problems in den neuen Ländern. Sie sehen dies im Zusammenhang mit den globalen Marktveränderungen, die auch in Deutschland zu neuen Wirtschaftsstrukturen führen werden. In diesen neuen Strukturen erscheint vielen Unternehmen eine dreijährige Ausbildungszeit als unnötige Belastung. Sie rekrutieren lieber Absolventen der Hochschulen, die mit Mitteln aus dem allgemeinen Steueraufkommen ausgebildet werden und denen im Betrieb mit relativ kurzen und kostengünstigen Trainingsphasen die jeweils benötigte Kompetenz vermittelt wird. Dies gilt zum Teil auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes, der sich auf andauernde Haushaltskürzungen einstellen muß. Viele Beobachtungen machen es wahrscheinlich, daß sich bei einem nur von Marktprinzipien und geltendem Recht regulierten Angebot die Verminderung der Ausbildungsstellen in großen Bereichen stetig fortsetzen wird.

BIBB: Gilt dies nicht auch für die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsstellen?

Friedrich Edding: Die Nachfrage ist nur bedingt von Marktprinzipien bestimmt. Sie ist vielmehr in hohem Maße durch das geltende Berechtigungssystem reguliert. Dies System prämiert den Weg, der über Abitur und Hochschuldiplom zu gehobenen Positionen in der beruflichen Hierarchie und zu gehobenen Einkommen führt. Wahrscheinlich wird unter diesen Bedingungen der Anteil des zum Abitur strebenden Nachwuchses noch weiter steigen. Die Nachfrage nach betrieblichen

Ausbildungsstellen ist davon bisher insgesamt nicht betroffen. Der Abschluß einer dualen Erstausbildung gilt der Mehrheit als Mindestbedingung für den Eintritt in eine Berufstätigkeit. Das ist bisher die Realität. Auch viele Abiturienten suchen zunächst, diese Bedingung zu erfüllen. Da sie aber nach Abschluß der dualen Ausbildung größtenteils ein Studium oder eine andere Art von Weiterbildung anstreben, jedenfalls nicht im Ausbildungsbetrieb bleiben, winkt das mit bei der zunehmenden Zurückhaltung von Unternehmen, Ausbildungsstellen anzubieten. Viele Nachfrager müssen sich entgegen ihrem Wünschen mit Stellen im Handwerk oder bei Kleinbetrieben zufrieden geben. Oft wählen Sie deshalb lieber einen längeren vollzeitlichen Schulbesuch.

BIBB: Die Entwicklungen in Angebot und Nachfrage sind sehr komplex. Die Marktverhältnisse darüber entscheiden zu lassen, liegt nahe, zumal sehr umstritten ist, was und wie anders reguliert werden sollte und wo Mehrheiten für gesetzliche Eingriffe zu finden wären. Sie haben sich wiederholt für solche Eingriffe ausgesprochen. Sie haben einen eigenständigen Lern- und Laufbahnweg für die berufliche Bildung einschließlich Weiterbildung gefordert, der die Emanzipation von den Berechtigungshürden der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts ermöglicht. Sie haben für die Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten gleichermaßen Berufseintrittsgehälter auf dem Niveau der Besoldungsgruppe A 11 und Beförderung nach Leistung verlangt. Sie plädieren für mehr Differenzierung in der betrieblichen Ausbil-

dung und in den Berufsschulen je nach bisheriger Lernlaufbahn. Sie empfehlen, um jeden Preis ein Angebot von qualifizierten Ausbildungsstellen zu sichern, das den Nachfragern mehr Wahlfreiheit gibt, und Ergänzungsangebote in überbetrieblichen Einrichtungen durch Umlagefinanzierung bereitzustellen. Warum werben Sie so hartnäckig für große Reformen, die weit über die ständig praktizierten kleinen Anpassungen und Verbesserungen hinausgehen sollen?

Friedrich Edding: Ich nenne dafür vor allem zwei Gründe. Erstens besteht für mich aufgrund der wissenschaftlichen Diskussion und vielfacher persönlicher Erfahrung kein Zweifel an der großen Überlegenheit der dualen Lernweise, das heißt der Verbindung von praktischem Erleben mit theoretischem Verstehen. Diese Dualität sollte auf die Gesamtheit der Lernlaufbahnen ausgedehnt werden, also auch auf alle Teile der Hochschulen. Ohne die umfassende Kooperation der bezahlte Beschäftigung bietenden Arbeitsstätten ist das nicht möglich. Ich fordere deshalb Ordnungen, die den Trägern dieser Arbeitsstätten die Kooperation als Bringschuld abverlangen. Zweitens sehe ich in der Optimierung unseres auf Ausbildungsgänge bezogenen Systems der Jugendbildung eine öffentliche Aufgabe höchster Priorität, an der Träger der Arbeitsstätten als Treuhänder mitwirken müssen. Dieses System hat sich, ökonomisch gesehen, als überwiegend effizient bewährt. Es ist aber auch im Urteil der Entwicklungspsychologie und der Soziologie eine tragende Komponente des gesellschaftlichen Lebens. Der größere Teil des Nachwuchses kann nicht durch Schulen gymnasialen Typs zu einer befriedigenden persönlichen und beruflichen Entwicklung gelangen, wohl aber in einer dualen Ausbildung, die dieses Ziel anstrebt. In der deutschen Tradition haben wir das Fachkräfteprinzip und die Leitfigur in der Erwerbstätigkeit, die durch Selbstvertrauen, Kompetenz und Lernfähigkeit charakterisiert ist. Wir haben diesen Fundus. Er läßt sich ausbauen.

BIBB: Denken Sie dabei auch an staatliche Subventionen?

Friedrich Edding: Staatliche Finanzierung muß im dualen System prinzipiell auf schulische Einrichtungen beschränkt sein. Da gibt es ja auch große Aufgaben, denen die staatlichen Haushalte bisher nicht Genüge getan haben. Trotzdem dehnt sich die staatliche Finanzierung zunehmend auf Einrichtungen aus, die prinzipiell nicht aus staatlichen Kassen finanziert werden sollten. Wo der Markt versagt, kann der Staat allerdings nicht vermeiden, einzugreifen. Die Grundrechte verlangen das und es muß Schaden verhütet werden, der aus unzureichender Ausbildung entsteht. Das Marktversagen in Ostdeutschland ist bekannt, aber es gibt das Versagen in mancher Hinsicht auch in Westdeutschland und es gibt daher eine Tendenz, Aufgaben der beruflichen Bildung zunehmend aus staatlichen Haushalten zu finanzieren. Bemerkenswert ist die kürzlich beschlossene staatliche Förderung von Lernlaufbahnen, die zum Meisterniveau führen. Diese Hilfen kamen früher im Rahmen der Finanzierung von Weiterbildung aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit. Die neue Regelung ist wichtig, unter anderem, weil damit ein großer Teil der Qualifizierung von Ausbildern für das duale System gesichert wird und weil sie Möglichkeiten des Aufstiegs nach der Erstausbildung signalisiert. Die massiven staatlichen Hilfen für die berufliche Bildung sind zwar größtenteils nicht systemgerecht, aber mir erscheint es nahezu jeden Preis wert, wenn damit das duale System erhalten und ausgebaut wird.

BIBB: Halten Sie auch den Preis einer Umlagefinanzierung des Angebots von Ausbildung für gerechtfertigt und wenn ja, welches Verfahren dafür bevorzugen Sie?

Friedrich Edding: Wenn das Angebot von betrieblicher Ausbildung weiter so unzureichend bleibt wie gegenwärtig, bin ich für Umlagen, mit denen die Leistung des Mark-

tes ergänzt und verbessert wird. Umlagen sind weiteren staatlichen Subventionen vorzuziehen. Dafür gibt es verschiedene gut durchdachte Verfahren. Jedes hat Vor- und Nachteile. Folkmar Kath hat dies in einer Schrift des BIBB¹ kürzlich überzeugend dargestellt. Er hat hinzugefügt, daß Umlagen nur ein Instrument neben steuerlichen Maßnahmen und direkter staatlicher Förderung sind. Wie solche Ergänzungen der Wirkung des Marktes gebündelt angewandt werden, um die gewünschte Quantität und Qualität des Angebots zu erreichen, muß politisch entschieden werden. Nach meinem Urteil muß dies bald geschehen.

BIBB: Wir danken Ihnen, Prof. Edding, sehr herzlich für dieses Gespräch.

Anmerkung:

¹ Folkmar Kath: *Finanzierung der Berufsausbildung im Dualen System. Probleme und Lösungsansätze.* Berlin und Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, 1995.